

2007-04-03

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau  
Tel.: 0340/2040



## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Hauptausschusses am 22.03.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:05 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228

Nach der Eröffnung der Sitzung durch Herrn Bürgermeister Gröger stellte dieser die fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Ehm, Lothar  
Kolze, Jens

vertreten durch Michael Puttkammer

**Fraktion der SPD**

Eichelberg, Ingolf

vertreten durch Gabriele Perl

**Fraktion Pro Dessau**

Bönecke, Matthias

Die vorgeschlagene Tagesordnung fand Bestätigung.

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

**1. Genehmigung der Niederschrift vom 15.02.2007**

Die Niederschrift wurde genehmigt.

**2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Bürgermeister Gröger gab die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 15. Februar 2007 gefassten Beschlüsse und die entsprechenden Abstimmungsergebnisse bekannt.

### **3. Beschlussfassungen**

#### **3.1 Auseinandersetzungsvereinbarung aus Anlass der Kreisneugliederung Vorlage: BV/090/2007/I-80**

**Herr Bürgermeister Gröger** erläuterte die Vorlage, welche dem Stadtrat am 11.04.2007 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ein gleich lautender Beschluss soll an diesem Tage in den jeweiligen Gremien der Kreistage vorgelegt werden. Somit könne die gesetzte Frist - bis zum 30.04.2007 - eingehalten werden.

Weiterhin erläuterte Herr Gröger, zu den offen gebliebenen Problemen der Haushaltsdurchführung vertrat vor ca. 14 Tagen das Landesverwaltungsamt die Auffassung, dass die gesamte Abrechnung des Haushaltes für das 2. Halbjahr 2007 vom Rechtsnachfolger (Anhalt-Bitterfeld) durchzuführen ist, obwohl entsprechend der Auseinandersetzungsvereinbarung die anteilige Übernahme erfolgen und die jeweiligen Gebietskörperschaften in Vorleistung gehen soll. Es sei nun der Intervention der Stadt Dessau zu verdanken, dass durch das Innenministerium ein Schreiben an das Landesverwaltungsamt ging, in welchem mitgeteilt wurde, dass das Innenministerium gegen diese Lösung keine Einwendungen habe. Die letzten Bedenken sind somit ausgeräumt.

Nach den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Gröger ergriff **Herr Dr. Neubert** das Wort. Er brachte zum Ausdruck, er habe schon in der gemeinsamen Beratung in Roßlau den Eindruck gewonnen, dass hier eine profunde, abgewogene und schlüssige Lösung gefunden wurde, welche seine uneingeschränkte Zustimmung erhalte. Das Papier sollte auch unsererseits nicht einseitig geändert werden, da sie in den jeweiligen Gremien übereinstimmend zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss.

Das ausgesprochene Lob für die gute Arbeit wurde durch Herrn Bürgermeister Gröger an Herrn Antal weitergegeben, welcher dieses an die Mitarbeiter weiterleiten soll.

**Herr Giese-Rehm** schloss sich ebenfalls Herrn Dr. Neubert an. Mit der Signalisierung, dass das Innenministerium dem Landesverwaltungsamt seine Zustimmung mitgeteilt habe, sehe auch er keine Bedenken.

Der Hauptausschuss stimmte der Auseinandersetzungsvereinbarung zu.

**Abstimmungsergebnis:** 6:0:0

### **4. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten**

#### **4.1 Auswertung des Gesprächs beim Ministerpräsidenten zur Haushaltsproblematik**

**Herr Bürgermeister Gröger** informierte über das Gespräch bei Herrn Ministerpräsidenten Böhmer in Magdeburg und die vorherige Zusammenkunft mit dem Finanz- und Innenminister.

Am 6. März wurden die Sorgen und Nöte der drei kreisfreien Städte dem Finanz- und Bauministerium dargelegt. Es wurde deutlich gemacht, wie hoch das Engagement der Städte zur Konsolidierung war. Die Dessauer Probleme liegen aktuell mit allen aufgelaufenen Defiziten aus den Vorjahren bei 60 Mio. € Ende 2007. Jährlich kom-

men nochmals 16 Mio. € dazu, bis 2015 beläuft es sich auf 120 Mio. €. In anderen Städten ist dies ebenso.

Vor diesem Hintergrund führte der Finanzminister aus, dass das Land in den nächsten Jahren - auch weil es Einwohner verliert - finanzielle Probleme hat. Es wurden Modelle geschildert, aber keine Lösung für die Finanzierung gefunden. Eindeutig auch für Dessau wurde erklärt, dass eigene Anstrengungen weiter zu unternehmen sind. Gleiches gilt für Halle und Magdeburg. Es wurde über die Novelle des Finanzausgleichsgesetzes gesprochen, was in der Struktur anders zu gestalten ist, jedoch hätten die Kreise die gleiche Finanznot wie die Oberzentren.

Es wurde festgelegt, an den Ministerpräsidenten; das Finanzministerium und Innenministerium entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Das wurde mit Schreiben vom 09.03. getan und entsprechende Vorschläge aus Dessauer Sicht übergeben.

**Herr Bürgermeister Gröger** erläuterte die durch die Stadt Dessau unterbreiteten Varianten zur Lösung des Problems (**siehe Anlage**).

Auf der Grundlage der eingehenden Vorschläge soll auf Staatssekretärebene unter Heranziehung des Finanzministers eine Zusammenkunft stattfinden. Ein Termin ist noch offen.

**Frau Lohde** fragte nach, wie weit das Personalkonzept und die Aufgabenkritik sind. Darauf erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, dass am Personalkonzept noch gearbeitet werde und der Entwurf bis zum 30.03. intern vorliegen soll. Parallel ist das Ergebnis zusammen zu fassen, was bisher erreicht wurde. Intern gibt es in der Verwaltungsspitze Vorstellungen. Es ist vorgesehen, dass Mitte Mai dem politischen Raum ein vorläufiger Entwurf übergeben werden kann. Im Mai werden auch Auftaktgespräche mit Verdi geführt, da der jetzt geltende Tarifvertrag Ende Oktober ausläuft, teilte **Herr Bürgermeister Gröger** mit.

Alle Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Dessauer Haushalt, erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck** auf Anfrage von **Herrn Puttkammer**. Ein gemeinsamer Haushalt mit Roßlau wird erst für 2008 aufgestellt. Zum 1. Juli werden die Haushalte nur zusammengelegt, ergänzte **Herr Bürgermeister Gröger**. Roßlau habe 2007 einen genehmigten Haushalt. Es sei gut, dass die kreisfreien Städte einen Schulterchluss gezogen haben.

Welcher Variante das Land zustimmen könnte, fragte **Frau Perl**. Darauf entgegnete **Frau Beigeordnete Nußbeck**, dies nicht sagen zu können. Das Finanzausgleichsgesetz wäre die dauerhafte Lösung, welche aber keine schnell wirkende Variante sei, da die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes frühestens 2008 käme.

**Frau Lohde** äußerte prinzipiell Unzufriedenheit zur Verfahrensweise. Man habe lange Jahre konsolidiert und stelle nun fest, dass seit geraumer Zeit eigentlich kein Haushalt aufgestellt werden kann. Aus der Zeitung müsse der politische Raum erfahren, dass gemeinsam mit den anderen Oberbürgermeistern ein Weg gesucht wurde, ohne ihn vorher informiert zu haben. Sie fühle sich nicht mitgenommen, weshalb sich dieser Stil ändern müsse. Frau Lohde bat um die Übergabe des Briefes an den Ministerpräsidenten.

Auf die Kritik hin merkten **Frau Beigeordnete Nußbeck** und **Herr Bürgermeister Gröger** an, dass die Informationen im Finanzausschuss gegeben wurden. Weiterhin erfolgte die Zusage, den Brief an den Ministerpräsidenten mit den Unterlagen dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage beizufügen.

Im Haushaltskonsolidierungskonzept 2006 waren auch Maßnahmen für die Folgejahre enthalten, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an. Jetzt gibt es geänderte Randbedingungen, Einnahmen sind weg gebrochen und Ausgaben hinzugekommen.

**Herr Giese-Rehm** stellte fest, zur Fertigstellung des Konzeptes war Ende März zugesagt worden, jetzt wird ein vorläufiger Abschluss für Mitte Mai angekündigt.

Es wäre gut, wenn begleitend dazu Eckdaten schriftlich übergeben werden, regte **Herr Schönemann** an.

Es sei die Aufgabe des Oberbürgermeisters einer Stadt, die Verwaltung und die Stadt nach außen zu vertreten und diese Aufgabe in kreativer Weise wahrzunehmen, betonte **Herr Dr. Neubert**. Der Oberbürgermeister müsse sich dabei im Rahmen von Beschlusslagen bewegen. Diese Datenstruktur wurde transportiert und zur Ableitung von Aufgaben zur Kenntnis gegeben worden. Er könne einschätzen, dass das geschickt gemacht wurde und spreche der Verwaltung, Herrn Gröger und Frau Nußbeck Dank aus. Was getan wurde, geschah zum Wohl der Stadt. Man könne nicht schlecht reden, was gemacht wurde.

Die Aktivitäten wurden nicht gering geschätzt, merkte **Herr Schönemann** an, aber der Kenntnisstand hat nicht das gleiche Niveau. Herr Bürgermeister Gröger erwiderte, die Unterlagen würden ausgereicht. Sie waren zum 10. März erstellt worden.

Herr Puttkammer bat um Beendigung der Diskussion und stellte zusammenfassend fest, der politische Raum möchte stringent und zeitnah informiert werden. Herr Dr. Neubert habe festgestellt, dass die Verwaltung gearbeitet hat und man sollte nicht vergessen, es liege an uns, die finanziellen Mittel, die eingespart werden können, noch kritischer zu betrachten. Wenn das, was die Verwaltung vorgeschlagen hat, durchgesetzt wird, sollte trotzdem geschaut werden, wo noch Einsparungen möglich sind.

Abschließend sagte Herr Bürgermeister Gröger zu, künftig zeitnah die Dinge an die Fraktionen zu geben. Die gewünschten Unterlagen, das Schreiben an den Ministerpräsidenten und unsere Haltung in zusammengefasster Form, werden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Dessau, 05.04.07

---

Karl Gröger  
Vorsitzender Hauptausschuss

Edeltraud Baumer  
Schriftführerin